

Europas Wirtschaft ist verunsichert

Betroffene Exportbranchen befürchten einen Bruch mit dem wichtigsten Handelspartner

MICHAEL RASCH, JANNIK BELSER, BERLIN

Mit seinen neuerlichen Zolldrohungen hat der amerikanische Präsident Donald Trump am Wochenende die Europäer einmal mehr geschockt. Anfang der Woche berieten Politiker in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten über die Reaktion – und Ökonomen analysierten die möglichen Auswirkungen.

Trump hatte am Samstag acht europäischen Ländern – nämlich Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland – mit einem zusätzlichen Zollsatz von 10 Prozent bereits ab dem 1. Februar und 25 Prozent ab dem 1. Juni gedroht, falls bis dahin kein Abkommen zum Kauf Grönlands durch die USA zustande kommen sollte. Die Zölle würden zum bestehenden Zoll von derzeit 15 Prozent hinzukommen.

Ökonomen setzten am Montag bei der Einschätzung der möglichen Folgen solcher Zölle unterschiedliche Schwerpunkte. Ihre gesamtwirtschaftlichen Folgen seien verkraftbar, sagte zum Beispiel Hendrik Mahlkow, Handelsexperte beim Kieler Institut für Weltwirtschaft. Nach einer ersten Schätzung betrage der negative Effekt der Zölle lediglich 0,08 Prozent für das deutsche und 0,04 Prozent für das europäische Bruttoinlandprodukt (BIP).

Mahlkow verweist darauf, dass zwar 19 Prozent aller EU-Exporte in die USA gingen, womit das Land der grösste Exportpartner sei. Doch 60 Prozent des europäischen Handels fänden innerhalb des eigenen Kontinents statt. Deshalb betrage der Exportanteil der USA im Gesamtbild lediglich 7,6 Prozent. Für einzelne Branchen können die Folgen jedoch gravierender sein. Das gilt vor allem für den Autosektor, den Anlagen- und Maschinenbau sowie den Pharmasektor, wobei es bei Letzterem bisher Ausnahmen gegeben habe.

Die Ökonomen der Commerzbank sind weniger entspannt. Die deutschen Exporte in die USA seien seit der Einführung der Zölle im Frühjahr 2025 bereits spürbar gesunken. Im November seien die Wareneinfuhren in die USA um 23 Prozent niedriger gewesen als im Vorjahr. Dieser Rückgang dürfte sich grösstenteils auf den Einfuhrzoll in Höhe von 15 Prozent zurückführen lassen, schreiben die Bankökonominnen. Diese Zusatzkosten könnten einen Schaden für die deutsche Wirtschaft in Höhe von 0,3 Prozent des BIP verursachen.

Die Experten der Bank warnen davor, dass ein Anstieg des tatsächlichen Zolls ohne Ausnahmen auf 25 oder sogar 40 Prozent die Effekte deutlich erhöhen würde. So liege der Schaden für die deutsche Wirtschaft bei einem konsequent eingeführten Zoll von 40 Prozent bei bis zu einem Prozent des BIP. Damit wäre fast das gesamte erwartete Wachstum der deutschen Wirtschaft für dieses Jahr wieder zunichtegemacht.

Auch andere Länder tangiert

Zusätzliche amerikanische Zölle würden nicht nur die von Trump ins Visier genommenen Länder treffen, sagt Samina Sultan, Aussenhandelsexpertin beim Institut der deutschen Wirtschaft. Von einer neuerlichen Eskalation wären auch andere europäische Staaten tangiert, etwa Italien und Polen. Aus diesen Ländern kämen bedeutende Zulieferungen für den deutschen Automobil- und Maschinenbausektor, die dann indirekt betroffen wären, wenn die deutschen Exporte in die USA einbrechen. Zudem würden etwaige Gegenmassnahmen auf Ebene der EU alle Mitgliedstaaten umfassen.

Inzwischen wird in der EU über Gegenmassnahmen diskutiert. Die im vergangenen Jahr erzielte Einigung im Handelsstreit dürfte Brüssel vorerst auf Eis legen. Darüber hinaus könnte die EU gezielt Gegenzölle erheben oder sogar die sogenannten Anti-Coercion-Instruments einsetzen. Ihr Einsatz kann mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden, wenn sich die EU vor wirtschaft-

licher Erpressung schützen will. Die Instrumente scheinen wie gemacht für den derzeitigen Konflikt mit den USA. Sie umfassen zahlreiche mögliche Massnahmen, von der selektiven Besteuerung von Unternehmen bis hin zu kompletten Importverboten bestimmter Waren.

Bei möglichen Retorsionsmassnahmen der EU gehe es immer um die Frage, welche Produkte mit welchem Zoll belegt werden, sagt Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Davon hänge ab, wer am Ende die wirtschaftliche Last trage, die EU oder die USA. Mit anderen Worten: Die EU müsste für etwaige Gegenzölle solche amerikanischen Produkte auswählen, bei denen die europäischen Konsumenten viele Alternativen haben. Denn dann könnten amerikanische Unternehmen nicht einfach die höheren Zölle in Form von höheren Preisen an die Käufer weitergeben, sondern müssten eher eine geringere Verkaufsmarge hinnehmen.

Verhältnis neu justieren

Felbermayr kritisiert jedoch, dass die EU seit Jahren notwendige Schritte nicht oder nicht schnell genug mache. Er denke dabei an die Vertiefung des Binnenmarktes oder die Schaffung einer Verteidigungsunion. Derlei Fortschritte würden der EU, anders als Importzölle, nicht nur Kosten aufbürden, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen bringen. Hendrik Mahlkow vom Kiel Institut ist zudem der Meinung, die Europäer müssten ihr Verhältnis zu den USA völlig neu justieren, denn diese seien nicht mehr der Handelspartner, der sie einmal waren.

Vehement äussern sich auch Wirtschaftsvertreter aus Deutschland, der grössten Exportnation der EU. Wolfgang Grosse Entrup, Geschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie, spricht von einem «Tiefpunkt in den transatlantischen Beziehungen». Die EU müsse sich nun auf alle Szenarien vorbereiten,

Hendrik Mahlkow vom Kiel Institut ist der Meinung, die Europäer müssten ihr Verhältnis zu den USA völlig neu justieren.

denn es sei nicht abzusehen, wie weit der Streit um Grönland noch eskalieren werde. So oder so seien die Auswirkungen für die Chemieunternehmen schwerwiegend: «Die Unsicherheit in unserer Branche hat wieder zugenommen. Investitionsentscheidungen werden schwieriger, Planbarkeit geht verloren.»

Für Peter Leibinger, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, sind die angekündigten Strafzölle eine «unangemessene und für alle Seiten schädliche Eskalation». Es sei richtig, dass die Europäer die Drohung nicht hinnähmen und nun gar Gegenzölle erwögen. Gleichzeitig sollten sich die EU-Verhandler gesprächsbereit zeigen, sagt Leibinger: «Eskalation schadet allen. Kooperation ist unabdingbar, denn der transatlantische Wirtschaftsraum ist der grösste integrierte Wirtschaftsraum der Welt.»

Die deutsche Wirtschaft hätte dringende positive Impulse nötig. Das BIP wuchs zuletzt nur schwach, allen voran im Industriebereich werden immer mehr Unternehmen insolvent. Verbandschefs und Wirtschaftsbosse fordern von der Politik entlastende Reformen, damit deutsche Firmen am Weltmarkt bestehen können. Selbst Bundeskanzler Friedrich Merz gestand zuletzt: «Unsere Wirtschaft ist noch nicht wieder ausreichend in Schwung.» 2026 solle es endlich besser werden, hat er versprochen. Da kommt ein Streit mit einem wichtigen Handelspartner denkbar ungünstig.